

735 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Ausgedruckt am 13. 8. 1997

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK SLOWENIEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich
und
die Republik Slowenien,

von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit zu regeln,

sind übereingekommen, folgendes Abkommen zu schließen:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke
1. „Rechtsvorschriften“
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der sozialen Sicherheit beziehen;
 2. „zuständige Behörde“
die Minister oder Bundesminister, die mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 angeführten Rechtsvorschriften betraut sind;
 3. „Träger“
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
 4. „zuständiger Träger“
den Träger, bei dem eine Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch hätte, wenn sie sich im Gebiet des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;
 5. „Wohnort“
den Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes;
 6. „Aufenthalt“
den vorübergehenden Aufenthalt;
 7. „Familienangehöriger“
einen Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem der Träger, zu dessen Lasten die Leistungen zu gewähren sind, seinen Sitz hat;
 8. „Versicherungszeiten“
Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als solche gelten;
 9. „Geldleistung“, „Rente“ oder „Pension“
eine Geldleistung, Rente oder Pension einschließlich aller ihrer Teile aus öffentlichen Mitteln, aller Zuschläge, Anpassungsbeträge und Zulagen sowie Kapitalabfindungen.
- (2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zukommt.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. auf die österreichischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Unfallversicherung,
 - c) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sonderversicherung für das Notariat,
 - d) das Arbeitslosengeld;
 2. auf die slowenischen Rechtsvorschriften über
 - a) die Krankenversicherung,
 - b) die Pensions- und Invaliditätsversicherung,
 - c) die Arbeitslosenversicherung,
 - d) die Ersatzleistung bei Mutterschaft.
- (2) Soweit Absatz 3 nichts anderes bestimmt, bezieht sich dieses Abkommen auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.
- (3) Dieses Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über ein neues System oder einen neuen Zweig der sozialen Sicherheit und nicht auf Systeme für Opfer des Krieges und seiner Folgen.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den in Buchstaben a) bezeichneten Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

- (1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates gleich.
- (2) Absatz 1 berührt nicht die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten betreffend
- a) die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung im Bereich der sozialen Sicherheit;
 - b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Verträgen der Vertragsstaaten mit anderen Staaten;
 - c) die Versicherung der bei einer amtlichen Vertretung eines der beiden Vertragsstaaten in Drittstaaten oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.
- (3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten oder diesen gleichgestellten Zeiten nur für slowenische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

Artikel 5

Leistungstransfer

- (1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dürfen Pensionen, Renten und andere Geldleistungen mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit, auf die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch besteht, nicht deshalb gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden, weil der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt.
- (2) Absatz 1 bezieht sich nicht
- a) auf die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften;
 - b) auf die Schutzzulage und den Hilflosenzuschuß nach den slowenischen Rechtsvorschriften.

735 der Beilagen

3

ABSCHNITT II

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ANZUWENDENDEN RECHTSVORSCHRIFTEN

Artikel 6

Allgemeine Regelung

(1) Die Versicherungspflicht einer erwerbstätigen Person richtet sich, soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Wohnort des Dienstnehmers oder der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Für Beamte und ihnen gleichgestellte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, bei dessen Verwaltung sie beschäftigt sind.

Artikel 7

Besondere Regelungen

(1) Wird ein Dienstnehmer von einem Unternehmen mit Sitz im Gebiet eines der Vertragsstaaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind bis zum Ende des 24. Kalendermonats nach dieser Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so sind die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter anzuwenden, als wäre er noch in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen unterliegen den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

Artikel 8

Diplomatisches und konsularisches Personal

(1) Für Mitglieder der diplomatischen Vertretungen oder konsularischen Dienststellen und für private Hausangestellte im Dienst von Mitgliedern dieser Vertretungen oder Dienststellen, die in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet werden, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, aus dem sie entsendet werden.

(2) Für die in Absatz 1 bezeichneten Dienstnehmer, die nicht entsendet sind, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie beschäftigt sind. Soweit sie Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates sind, können sie jedoch binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates wählen.

Artikel 9

Ausnahmen

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und seines Dienstgebers können die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren, wobei auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen ist.

(2) Gelten für einen Dienstnehmer nach Absatz 1 die Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates, obwohl er die Beschäftigung im Gebiet des anderen Vertragsstaates ausübt, so sind die Rechtsvorschriften so anzuwenden, als ob er diese Beschäftigung im Gebiet des ersten Vertragsstaates ausüben würde.

2

ABSCHNITT III

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Krankheit und Mutterschaft

Artikel 10

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so sind diese für den Erwerb eines Leistungsanspruches und die Dauer der Leistungsgewährung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

Artikel 11

Sachleistungen

(1) Eine Person, welche die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für den Leistungsanspruch erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und

- a) die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt oder
- b) deren Zustand während eines Aufenthaltes im Gebiet des anderen Vertragsstaates unverzüglich Leistungen erfordert und sich die Person nicht zum Zwecke der Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung in den anderen Vertragsstaat begeben hat, oder
- c) die vom zuständigen Träger die Genehmigung erhalten hat oder erhält, sich in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zu begeben, um dort eine ihrem Zustand angemessene Behandlung zu erhalten,

hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger des Wohn- oder Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre.

(2) Im Falle des Absatzes 1 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Träger hiezu seine Zustimmung gibt. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der betreffenden Person ernsthaft zu gefährden oder wenn nach Artikel 15 Absatz 2 eine Kostenerstattung durch Pauschalzahlungen erfolgt.

(3) Die vorhergehenden Absätze sind auf Familienangehörige entsprechend anzuwenden.

(4) Absatz 1 Buchstaben b und c gelten in bezug auf die Behandlung durch freiberuflich tätige Ärzte, Zahnärzte und Dentisten nur hinsichtlich folgender Personen:

- a) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung im anderen Vertragsstaat aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienangehörigen;
- b) Personen, die ihre im anderen Vertragsstaat wohnende Familie besuchen;
- c) Personen, die sich aus anderen Gründen im anderen Vertragsstaat aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung des für ihren Aufenthaltsort in Betracht kommenden Trägers gewährt wurde.

Artikel 12

Geldleistungen

(1) In den Fällen des Artikels 11 sind die Geldleistungen vom zuständigen Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu gewähren.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Höhe der Geldleistungen von der Zahl der Familienangehörigen ab, so berücksichtigt der zuständige Träger auch die Familienangehörigen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnen.

(3) Sind nach den slowenischen Rechtsvorschriften Ersatzleistungen bei Mutterschaft, Krankheit oder Unfall nach dem früheren Verdienst der versicherten Person zu berechnen, so hat der slowenische Träger ausschließlich den Verdienst, den die betreffende Person während der letzten Tätigkeit in Slowenien erzielt hat, zu berücksichtigen, wobei der in Slowenien erzielte Durchschnittsverdienst als Durchschnittsverdienst für den gesamten vorgesehenen Zeitraum gilt.

Artikel 13
Pensionsbezieher

- (1) Für eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Bezug einer Pension berechtigt ist, gelten ausschließlich die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung des Vertragsstaates, in dessen Gebiet sie wohnt.
- (2) Für eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zum Bezug einer Pension berechtigt ist und im Gebiet des anderen Vertragsstaates wohnt, gelten die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung dieses Vertragsstaates, als ob sie zum Bezug einer Pension nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates berechtigt wäre.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Pensionswerber.

Artikel 14
Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes

- In den Fällen des Artikels 11 Absatz 1 und des Artikels 13 Absatz 2 werden die Leistungen gewährt in Österreich
- von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse,
- in Slowenien
- von der für den Aufenthalts- oder Wohnort der betreffenden Person in Betracht kommenden Außenstelle der Krankenversicherungsanstalt Sloweniens.

Artikel 15
Kostenerstattung

- (1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger, der die Sachleistungen gewährt hat, die nach Artikel 11 und Artikel 13 Absatz 2 aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.
- (2) Die zuständigen Behörden können zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.
- (3) In den Fällen des Artikels 13 Absatz 2 ist der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberchtigte aus der österreichischen Pensionsversicherung aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten zu leisten.

Kapitel 2
Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 16
Sachleistungen

- (1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat und die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhält oder dort wohnt, hat Anspruch auf Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Trägers vom Träger ihres Aufenthalts- oder Wohnortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften, als ob sie bei diesem versichert wäre. Artikel 11 Absatz 2 gilt entsprechend.
 - (2) In den Fällen des Absatzes 1 werden die Sachleistungen gewährt
- in Österreich
- von der für den Aufenthalts- oder Wohnort des Berechtigten in Betracht kommenden Gebietskrankenkasse oder einem Träger der Unfallversicherung,
- in Slowenien
- von der für den Aufenthalts- oder Wohnort des Berechtigten in Betracht kommenden Außenstelle der Krankenversicherungsanstalt Sloweniens.
- (3) Für die Erstattung der nach Absatz 1 entstandenen Kosten gilt Artikel 15 entsprechend.

Artikel 17
Wegunfall

Erleidet eine Person, die im Gebiet eines Vertragsstaates wohnt und die sich auf Grund eines ordnungsgemäßen Arbeitsvertrages zur Arbeitsaufnahme in den anderen Vertragsstaat begibt, während

der ohne Unterbrechung und auf dem kürzesten Weg durchgeführten Reise zum Beschäftigungsort einen Unfall, so ist dieser Unfall vom Träger dieses Vertragsstaates nach den Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung zu entschädigen; dies gilt auch für einen Unfall, den ein Dienstnehmer bei der Rückkehr in den Wohnortstaat unmittelbar nach Beendigung des Arbeitsvertrages, auf Grund dessen er sich in den anderen Vertragsstaat begeben hat, erleidet.

Artikel 18

Berufskrankheiten

(1) Hängt die Gewährung der Leistungen für eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates davon ab, daß die Krankheit zum ersten Mal im Gebiet dieses Vertragsstaates ärztlich festgestellt worden ist, so gilt diese Bedingung als erfüllt, wenn die betreffende Krankheit zum ersten Mal im Gebiet des anderen Vertragsstaates festgestellt worden ist.

(2) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß Leistungen für eine Berufskrankheit nur gewährt werden, wenn die Tätigkeit, welche die Krankheit verursachen kann, während einer Mindestdauer ausgeübt wurde, so berücksichtigt der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die Zeiten der Ausübung einer solchen Tätigkeit, während derer die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates galten.

Artikel 19

Leistungen bei Berufskrankheiten

(1) Wäre eine Berufskrankheit nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu entschädigen, so sind Leistungen nur nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die geeignet ist, eine solche Berufskrankheit zu verursachen, sofern die betreffende Person die nach diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt.

(2) Bezog oder bezieht eine Person, die sich eine Berufskrankheit zugezogen hat, Leistungen zu Lasten eines Trägers eines Vertragsstaates und beansprucht sie, nachdem sie auch eine Tätigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ausgeübt hat, welche eine Berufskrankheit verursachen kann, wegen Verschlimmerung Leistungen von einem Träger des anderen Vertragsstaates, so trägt der Träger des ersten Vertragsstaates weiterhin die Kosten der Leistungen ohne Berücksichtigung der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften; der zuständige Träger des zweiten Vertragsstaates gewährt eine Leistung in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der nach der Verschlimmerung geschuldeten Leistung und der Leistung, die vor der Verschlimmerung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften geschuldet worden wäre, wenn die Krankheit nach diesen Rechtsvorschriften eingetreten wäre.

Kapitel 3

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)

Artikel 20

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die Gewährung dieser Leistungen die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

Artikel 21

Versicherungszeiten unter einem Jahr

(1) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht zwölf Monate für die Berechnung der Leistung, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt. Dies gilt nicht, wenn nach diesen Rechtsvorschriften ein Leistungsanspruch allein auf Grund dieser Versicherungszeiten besteht.

735 der Beilagen

7

(2) Die in Absatz 1 erster Satz genannten Versicherungszeiten sind von dem Träger des anderen Vertragsstaates für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches sowie dessen Ausmaß so zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

Teil 1**Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften****Artikel 22****Feststellung der Leistungsansprüche**

Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so hat der zuständige österreichische Träger nach den österreichischen Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 20 und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Leistung hat:

1. Verlängern nach den österreichischen Rechtsvorschriften Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den slowenischen Rechtsvorschriften.
2. Die in Tagen ausgedrückten slowenischen Versicherungszeiten sind in Monate umzurechnen, wobei 30 Tage einem Monat entsprechen; Resttage gelten hiebei als ein ganzer Monat.

Artikel 23**Berechnung der Leistungen**

(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 20 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten sowie unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
 - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung;
 - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

Teil 2**Leistungen nach den slowenischen Rechtsvorschriften****Artikel 24****Feststellung und Berechnung der Leistungen**

(1) Sind nach den slowenischen Rechtsvorschriften die Voraussetzungen für den Erwerb eines Leistungsanspruches ohne Zusammenrechnung der in beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt, so hat der slowenische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den slowenischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu gewähren.

(2) Besteht ein Anspruch auf Leistung nur unter Berücksichtigung des Artikels 20, so ist die Leistung wie folgt zu berechnen:

1. Der slowenische Träger berechnet zuerst den theoretischen Betrag der Leistung, der zustehen würde, wenn für die Berechnung der Pension alle nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu berücksichtigen wären.
2. Auf Grund dieses Betrages hat der slowenische Träger den geschuldeten Betrag nach dem Verhältnis festzusetzen, das zwischen der Dauer der nach den slowenischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und der Gesamtdauer der Versicherungszeiten besteht.

(3) Bei Durchführung des Artikels 20 Absatz 1 und des Absatzes 2 sind sich deckende Versicherungszeiten nur einfach zu berücksichtigen.

(4) Bei Durchführung des Absatzes 2 sind Bemessungsgrundlagen für Pensionen ausschließlich aus den slowenischen Versicherungszeiten zu bilden.

(5) Übersteigt bei Durchführung des Absatzes 2 Ziffer 2 die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den slowenischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Leistungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilleistung nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den slowenischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.

Kapitel 4

Arbeitslosigkeit

Artikel 25

Zusammenrechnung der Versicherungszeiten

(1) Nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegte Versicherungszeiten sind für den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zu berücksichtigen, sofern der Arbeitslose in dem Vertragsstaat, in dem er den Anspruch auf eine solche Leistung geltend macht, in den letzten zwölf Monaten vor Beantragung dieser Leistung insgesamt mindestens 26 Wochen ohne Verletzung der Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer versichert war.

(2) Die in Absatz 1 festgelegte Voraussetzung der Mindestversicherungszeit von 26 Wochen gilt nicht für Arbeitslose, deren Beschäftigung für längere Zeit in Aussicht genommen war, jedoch früher als nach 26 Wochen ohne ihr Verschulden geendet hat.

(3) Wird ein Antrag auf Arbeitslosengeld in Österreich von einem österreichischen Staatsangehörigen gestellt, ist die Zurücklegung der in Absatz 1 festgelegten Mindestversicherungszeit nicht erforderlich.

Artikel 26

Bezugsdauer

Die Bezugsdauer wird um die Zeit gemindert, in der der Arbeitslose im anderen Vertragsstaat innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tag der Antragstellung bereits eine Leistung bei Arbeitslosigkeit bezogen hat.

ABSCHNITT IV

VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 27

Aufgaben der zuständigen Behörden, Amts- und Rechtshilfe

(1) Die zuständigen Behörden werden die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln.

- (2) Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unterrichten einander
 - a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
 - b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

735 der Beilagen

9

(3) Bei der Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(4) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(5) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstige Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(6) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten oder dort wohnen, werden auf Ersuchen des zuständigen Trägers zu seinen Lasten vom Träger des Aufenthalts- oder Wohnortes veranlaßt. Werden ärztliche Untersuchungen im Interesse der Träger der beiden Vertragsstaaten durchgeführt, so erfolgt keine Kostenerstattung.

(7) Für die gerichtliche Rechtshilfe gelten die jeweiligen auf die Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtsachen anwendbaren Bestimmungen.

Artikel 28**Verbindungsstellen**

Die zuständigen Behörden haben zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten.

Artikel 29**Befreiung von Steuern und Beglaubigungen**

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, wird auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden erstreckt, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, Dokumente und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 30**Einreichung von Schriftstücken**

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens in Betracht kommt; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 übermittelt die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der Verbindungsstellen der Vertragsstaaten unverzüglich an die entsprechende zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates.

Artikel 31**Zahlungsverkehr**

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Stellen können die Leistungen mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung erbringen.

10

735 der Beilagen

(2) Die in diesem Abkommen vorgesehenen Erstattungen haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem der Träger, der die Leistungen gewährt hat, seinen Sitz hat.

(3) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens werden nach Maßgabe der Vereinbarungen vorgenommen, die auf diesem Gebiet in den beiden Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 32

Vollstreckungsverfahren

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Bescheide und Rückstandsausweise (Urkunden) der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der sozialen Sicherheit werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

Artikel 33

Verrechnung von Vorschüssen

(1) Hat ein Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß gezahlt, so kann die auf denselben Zeitraum entfallende Nachzahlung einer entsprechenden Leistung, auf die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch besteht, einbehalten werden. Hat der Träger des einen Vertragsstaates für eine Zeit, für die der Träger des anderen Vertragsstaates nachträglich eine entsprechende Leistung zu erbringen hat, eine höhere als die gebührende Leistung gezahlt, so gilt der diese Leistung übersteigende Betrag bis zur Höhe des nachzuzahlenden Betrages als Vorschuß im Sinne des ersten Satzes.

(2) Hat ein Träger der Sozialhilfe eines Vertragsstaates eine Leistung der Sozialhilfe während eines Zeitraumes gewährt, für den nachträglich nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates Anspruch auf Geldleistungen entsteht, so behält der zuständige Träger dieses Vertragsstaates auf Ersuchen und für Rechnung des Trägers der Sozialhilfe die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen der Sozialhilfe ein, als ob es sich um eine vom Träger der Sozialhilfe des letzteren Vertragsstaates gezahlte Leistung der Sozialhilfe handeln würde.

Artikel 34

Schadenersatz

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Gebiet des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Träger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 35

Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das wie folgt zu bilden ist:

- a) Jeder Vertragsstaat bestellt binnen einem Monat ab dem Empfang des Verlangens einer schiedsgerichtlichen Entscheidung einen Schiedsrichter. Die beiden so nominierten Schiedsrichter wählen innerhalb von zwei Monaten, nachdem der Vertragsstaat, der seinen

735 der Beilagen

11

Schiedsrichter zuletzt bestellt hat, dies notifiziert hat, einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als dritten Schiedsrichter.

- b) Wenn ein Vertragsstaat innerhalb der festgesetzten Frist keinen Schiedsrichter bestellt hat, kann der andere Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte ersuchen, einen solchen zu bestellen. Entsprechend ist über Aufforderung eines Vertragsstaates vorzugehen, wenn sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen können.
- c) Für den Fall, daß der Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, gehen die ihm durch diesen Artikel übertragenen Funktionen auf den Vizepräsidenten des Gerichtshofes oder auf den ranghöchsten Richter des Gerichtshofes über, auf den dieser Umstand nicht zutrifft.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die beiden Vertragsstaaten bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten des Schiedsrichters, den er bestellt. Die übrigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

ABSCHNITT V**ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN****Artikel 36****Übergangsbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor dem 1. Jänner 1997.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor dem 1. Jänner 1997 zurückgelegt worden sind.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor dem 1. Jänner 1997 eingetreten sind, soweit nicht früher festgestellte Ansprüche durch Kapitalzahlungen abgegolten worden sind.

(4) Leistungen, die vor dem 1. Jänner 1997 festgestellt wurden, sind nicht neu festzustellen.

Artikel 37**Versicherungslastregelungen**

(1) Die Träger in Österreich übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von Personen, die am 1. Jänner 1956 österreichische Staatsangehörige waren oder die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für den Bereich der Sozialversicherung als Volksdeutsche anerkannt werden, vorausgesetzt, daß sich die betreffenden Personen am 1. Jänner 1956 im Gebiet von Österreich nicht nur vorübergehend aufgehalten haben, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der ehemaligen jugoslawischen Sozialversicherung (Pensions- oder Invaliditätsversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(2) Die Träger in Slowenien übernehmen alle Anwartschaften und Ansprüche von slowenischen Staatsangehörigen, die als jugoslawische Staatsangehörige am 1. Jänner 1956 ihren Wohnort im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien hatten, soweit diese Anwartschaften und Ansprüche auf Grund der vor dem 1. Jänner 1956 in der österreichischen Sozialversicherung (Pensions- oder Unfallversicherung) zurückgelegten Versicherungszeiten entstanden sind.

(3) Sind Leistungsansprüche zu übernehmen, so gelten die allgemeinen Voraussetzungen für die entsprechenden Leistungen als erfüllt. Hiebei sind für die Bemessung der Leistungen die den übernommenen Leistungsansprüchen zugrunde liegenden Versicherungszeiten heranzuziehen. Erreichen diese Zeiten nicht das Ausmaß der für die entsprechenden Pensionen erforderlichen Wartezeit, so sind der Leistungsbemessung Zeiten im Ausmaß dieser Wartezeit zugrunde zu legen.

(4) Für die Berücksichtigung der Anwartschaften und Ansprüche in Leistungen der österreichischen Pensions- oder Unfallversicherung sind die Rechtsvorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensions(Renten)versicherung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland anzuwenden.

12

735 der Beilagen

Artikel 38**Inkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind so bald als möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Die Bestimmungen dieses Abkommens, die sich auf den Erwerb und die Gewährung von Leistungen aus der sozialen Sicherheit beziehen, sind ab dem 1. Jänner 1997 anzuwenden. Soweit in der Zeit vor Inkrafttreten dieses Abkommens hinsichtlich der Gewährung von Sachleistungen anders verfahren wurde, hat es dabei sein Bewenden.

Artikel 39**Außerkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(2) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Laibach, am 10. März 1997, in zwei Urschriften in deutscher und slowenischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. Gerhard Wagner

Für die Republik Slowenien:

Natasa Belopavlovic

SPORAZUM**MED REPUBLIKO AVSTRIJO IN REPUBLIKO SLOVENIJO O SOCIALNI VARNOSTI**

Republika Avstria
in
Republika Slovenija

v ýelji, da bi uredili odnose med drýavama na področju socialne varnosti,
skleneta naslednji sporazum:

I. DEL
SPLOŠNE DOLOČBE
1. Úlen
Doloxitve pojmov

(1) V tem sporazumu pomenijo izrazi:

1. »pravni predpisi«
zakone, uredbe in druge predpise, ki se nanašajo na področja socialne varnosti, navedena v prvem odstavku 2. úlena;
2. »pristojni organ«
ministre ozziroma zvezne ministre, pristojne za uporabo pravnih predpisov iz prvega odstavka 2. úlena;
3. »nosilec«
zavod ali organ, ki izvaja pravne predpise, navedene v prvem odstavku 2. úlena, ali dele le-teh;
4. »pristojni nosilec«

735 der Beilagen

13

nosilca, pri katerem je oseba zavarovana v trenutku vložitve zahteve za dajatev ali storitev ali pri katerem ima oziroma bi še imela pravico do dajatve ali storitve, xe bi bivala na ozemlju države pogodbenice, v kateri je bila nazadnje zavarovana;

5. »stalno prebivališče«
kraj običajnega bivanja;
6. »zakasno prebivališče«
kraj zakasnega bivanja;
7. »družinski žlan«
družinskega žlana po pravnih predpisih tiste države pogodbenice, v kateri ima svoj sedež nosilec zavarovanja, v katerega breme se zagotovijo dajatve ali storitve;
8. »zavarovalna doba«
xas plazevanja prispevkov in z njim izenaxen xas, kot veljata po pravnih predpisih držav pogodbenic;
9. »dajatev«, »renta« ali »pokojnina«
denarno dajatev, rento ali pokojnino vključno z vsemi deli iz javnih sredstev, uskladitvami, dodatki in kapitaliziranimi zneski.

(2) Drugi izrazi v tem sporazumu imajo pomen, kot jim ga določajo pravni predpisi držav pogodbenic.

2. xlen**Področje stvarne veljavnosti**

(1) Ta sporazum se nanaša na

1. avstrijske pravne predpise o
 - a) zdravstvenem zavarovanju,
 - b) zavarovanju za primere nesreč pri delu,
 - c) pokojninskem zavarovanju, razen posebnega zavarovanja za notariat,
 - d) denarni pomoci za primer brezposelnosti;
2. slovenske pravne predpise o
 - a) zdravstvenem zavarovanju,
 - b) pokojninskem in invalidskem zavarovanju,
 - c) zavarovanju za primer brezposelnosti,
 - d) nadomestilu za xas porodniškega dopusta.

(2) •e v tretjem odstavku ni določeno drugaxe, se ta sporazum nanaša tudi na vse pravne predpise, ki združujejo, spreminjajo ali dopolnjujejo pravne predpise, navedene v prvem odstavku.

(3) Ta sporazum se ne nanaša na pravne predpise o novem sistemu ali novem področju socialne varnosti in tudi ne na sisteme, ki veljajo za žrtve vojne in njenih posledic.

3. xlen**Področje osebne veljavnosti**

Ta sporazum velja

- a) za osebe, za katere veljajo ali so veljali pravni predpisi ene ali obeh držav pogodbenic;
- b) za druge osebe, xe uveljavljajo pravice na podlagi zavarovanja oseb, navedenih v točki a).

4. xlen**Enako obravnavanje**

(1) Pri uporabi pravnih predpisov ene države pogodbenice se državljeni te države pogodbenice obravnavajo enako kot državljeni druge države pogodbenice, xe ta sporazum ne določa drugaxe.

- (2) Prvi odstavek ne posega v pravne predpise držav pogodbenic glede
 - a) sodelovanja zavarovancev in delodajalcev v organih nosilcev in zvez ter pravosodnih organih na področju socialne varnosti;
 - b) določb o zavarovalnem bremenu v meddržavnih pogodbah držav pogodbenic s tretjimi državami;
 - c) zavarovanja oseb, ki so zaposlene na uradnih predstavnosti ene od držav pogodbenic v tretjih državah ali pri žlanilih takšnih predstavnosti.

(3) Prvi odstavek velja glede avstrijskih pravnih predpisov o upoštevanju zavarovalne dobe v vojni službi ali enakovredne dobe le za državljanje Republike Slovenije, ki so bili neposredno pred 13. marcem 1938 avstrijski državljeni.

14

735 der Beilagen

5. xlen**Transfer dajatev**

(1) •e ta sporazum ne doloxa drugaxe, pokojnine, rente in druge dajatve, razen nadomestil za primer brezposelnosti, do katerih je oseba upravixena po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice, ne smejo biti zmanjšane, spremenjene, zamrznjene, odvzete ali zaseýene zato, ker ima upravixenec stalno prebivališxe na ozemlju druge drýave pogodbenice.

(2) Prvi odstavek se ne nanaša

- a) na varstveni dodatek po avstrijskih pravnih predpisih,
- b) na varstveni dodatek in dodatek za pomoč in postreýbo po slovenskih pravnih predpisih.

II. DEL**DOLO•BE O UPORABI PRAVNIH PREDPISOV****6. xlen****Splošna ureditev**

(1) Za obvezno zavarovanje osebe, ki opravlja pridobitno dejavnost, veljajo, xe v 7. in 8. xlenu ni doloxeno drugaxe, pravni predpisi drýave pogodbenice, na katere ozemlju se pridobitna dejavnost opravlja. V primeru zaposlitve velja ta doloxba tudi, xe je stalno prebivališxe zaposlenega ali sedeý delodajalca na ozemlju druge drýave pogodbenice.

(2) Za javne usluýbence in z njimi izenaxene osebe veljajo pravni predpisi drýave pogodbenice, pri katere upravi so zaposleni.

7. xlen**Posebna ureditev**

(1) •e delodajalec, ki ima sedeý na ozemlju ene drýave pogodbenice, pošlje svojega zaposlenega na delo na ozemlje druge drýave pogodbenice, se zanj uporablajo pravni predpisi prve drýave pogodbenice do konca 24. koledarskega meseca od prevzema dolýnosti na ozemlju druge drýave pogodbenice, kot xe bi bila ta oseba dalje zaposlena na ozemlju prve drýave pogodbenice.

(2) •e druýba za letalski promet, ki ima sedeý na ozemlju ene drýave pogodbenice, pošlje svojega zaposlenega na delo na ozemlje druge drýave pogodbenice, se zanj še naprej uporablajo pravni predpisi prve drýave pogodbenice, kot xe bi bila ta oseba še naprej zaposlena na ozemlju prve drýave pogodbenice.

(3) Za posadko ladje in druge osebe, ki na njej niso zaposlene le zaxasno, veljajo pravni predpisi drýave pogodbenice, pod katere zastavo ladja plove.

8. xlen**Diplomatsko in konzularno osebje**

(1) Za xlane diplomatskih ali konzularnih predstavnístev in za zasebno hišno osebje v sluýbi xlanov teh predstavnístev, ki so odposlani na ozemlje druge drýave pogodbenice, veljajo pravni predpisi drýave pogodbenice, iz katere so odposlani.

(2) Za usluýbence, omenjene v prvem odstavku, ki niso odposlani, veljajo pravni predpisi drýave pogodbenice, na katere ozemlju so zaposleni. •e so drýavljeni druge drýave pogodbenice, pa lahko v roku treh mesecev po zaxetku zaposlitve izberejo uporabo pravnih predpisov druge drýave pogodbenice.

9. xlen**Izjeme**

(1) Pristojni organi drýav pogodbenic se lahko na skupno zahtevo zaposlenega in njegovega delodajalca dogovorijo za izjeme od doloxb 6. do 8. xlena, pri xemer morajo upoštevati vrsto in okolišxine zaposlitve.

(2) •e veljajo za zaposlenega iz prvega odstavka pravni predpisi ene drýave pogodbenice, xeprov je zaposlen na ozemlju druge drýave pogodbenice, se uporabijo pravni predpisi tako, kot da bi bila ta oseba zaposlena na ozemlju prve drýave pogodbenice.

735 der Beilagen

15

III. DEL
POSEBNE DOLO•BE

1. poglavje
Bolezen in materinstvo

10. xlen

Seštevanje zavarovalnih dob

•e je oseba pridobila zavarovalno dobo po pravnih predpisih obeh drýav pogodbenic, se za pridobitev pravice do dajatve ali storitve in za doloxitev njihovega trajanja sešteje zavarovalna doba v obeh drýavah, xe se le-ta ne nanaša na isto obdobje.

11. xlen

Zdravstvene storitve

(1) Oseba, ki po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice izpolnjuje potrebne pogoje za pravico do storitve in

- a) ki ima stalno prebivališke na ozemlju druge drýave pogodbenice ali
- b) katere stanje med zaxasnim bivanjem na ozemlju druge drýave pogodbenice nemudoma terja storitve in oseba ni odšla v drugo drýavo pogodbenico z namenom uveljavljanja pravice do zdravniške oskrbe ali
- c) ki je od pristojnega nosilca dobila dovoljenje, da odide na ozemlje druge drýave pogodbenice, da bi tam bila deleýna svojemu stanju primerrega zdravljenja, oziroma bo tako dovoljenje dobila,

ima pravico do zdravstvenih storitev v breme pristojnega nosilca od nosilca po kraju stalnega ali zaxasnega prebivališka po pravnih predpisih, ki veljajo za tega nosilca, kot da bi bila pri njem zavarovana.

(2) V primerih iz prvega odstavka je nudenje telesnih protez, vekjih pripomočkov in drugih storitev velike vrednosti vezano na soglasje pristojnega nosilca. Soglasje ni potrebno, xe storitve ni mogoče odloýiti, ne da bi bilo resno ogroýeno ýivljenje ali zdravje te osebe ali xe se povraxilo stroškov opravi v obliki pavšalnih izplaxil po drugem odstavku 15. xlena.

(3) Prejšnja odstavka ustrezno veljata za druýinske xlane.

(4) Toxki b) in c) prvega odstavka veljata za zdravljenje pri zdravnikih, zobozdravnikih in dentistih zasebne prakse le za naslednje osebe:

- a) osebe, ki pri opravljanju svoje dejavnosti zaxasno bivajo v drugi drýavi pogodbenici in njihove druýinske xlane, ki bivajo z njimi;
- b) osebe na obisku pri svoji druýini, ki ima stalno prebivališke v drugi drýavi pogodbenici;
- c) osebe, ki iz drugih razlogov zaxasno bivajo v drugi drýavi pogodbenici, xe imajo odobritev za ambulantno zdravljenje na raxun nosilca zdravstvenega zavarovanja po kraju svojega zaxasnega prebivališka.

12. xlen

Dajatve

(1) V primerih iz 11. xlena pristojni nosilec zagotavlja dajatve po zanj veljavnih pravnih predpisih.

(2) •e je po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice višina denarnih dajatev odvisna od števila druýinskih xlanov, tedaj pristojni nosilec upošteva tudi tiste druýinske xlane, ki imajo stalno prebivališke na ozemlju druge drýave pogodbenice.

(3) •e se v skladu s slovenskimi pravnimi predpisi višina nadomestila za xas porodniškega dopusta, bolezni ali poškodbe izraxuna na podlagi predhodne plaxe zavarovane osebe, mora pristojni nosilec v Sloveniji upoštevati le plaxo, ki jo je zavarovana oseba prejela med zadnjo zaposlitvijo v Sloveniji, pri xemer povprexna plaxa, ki jo je zavarovana oseba prejela v Sloveniji, velja kot povprexna plaxa za celotno predpisano dobo.

16

735 der Beilagen

13. xlen**Prejemniki pokojnine**

(1) Za osebo, ki ima po pravnih predpisih obeh drýav pogodbenic pravico do prejemanja pokojnine, veljajo izklju\xno pravni predpisi o zdravstvenem zavarovanju drýave pogodbenice, na ozemlju katere ima stalno prebivali\x.

(2) Za osebo, ki ima pravico do prejemanja pokojnine po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice in ima stalno prebivali\x na ozemlju druge drýave pogodbenice, veljajo pravni predpisi o zdravstvenem zavarovanju te drýave pogodbenice, kot da bi bila uprav\xena do prejemanja pokojnine po pravnih predpisih te drýave pogodbenice.

(3) Prvi in drugi odstavek ustrezeno veljata za vlagatelje pokojninskih zahtevkov.

14. xlen**Nosilec po kraju zaxasnega ali stalnega prebivali\x**

V primerih iz prvega odstavka 11. xlena in iz drugega odstavka 13. xlena nudijo storitve v Avstriji

bolniška blagajna, pristojna po kraju zaxasnega ali stalnega prebivali\x osebe,

v Sloveniji

obmo\xna enota Zavoda za zdravstveno zavarovanje Slovenije, pristojna po kraju zaxasnega ali stalnega prebivali\x osebe.

15. xlen**Povr\xilo stroškov**

(1) Pristojni nosilec povrne nosilcu, ki je zagotovil zdravstvene storitve, stroške, ki jih je le-ta imel po 11. xlenu ter drugem odstavku 13. xlena, razen administrativnih stroškov.

(2) Da bi poenostavili postopek, se lahko pristojni organi namesto za posamezne obraxune dogovorijo za pavšalna plaxila za vse primere ali za doloxene skupine primerov.

(3) V primerih po drugem odstavku 13. xlena se nadomestila stroškov uprav\xencev iz avstrijskega pokojninskega zavarovanja plaxajo iz prispevkov za zdravstveno zavarovanje upokojencev, ki se zbirajo pri Glavni zvezi nosilcev avstrijskega socialnega zavarovanja.

2. poglavje**Nesre\x pri delu in poklicne bolezni****16. xlen****Zdravstvene storitve**

(1) Oseba, ki ima zaradi nesre\x pri delu ali zaradi poklicne bolezni pravico do storitev po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice in ima zaxasno ali stalno prebivali\x na ozemlju druge drýave pogodbenice, ima pravico do storitev v breme pristojnega nosilca od nosilca v kraju, kjer ima zaxasno ali stalno prebivali\x po pravnih predpisih, ki veljajo za tega nosilca, kot da bi bila pri njem zavarovana. Drugi odstavek 11. xlena velja ustrezeno.

(2) V primerih iz prvega odstavka nudi storitve

v Avstriji

bolniška blagajna, pristojna po kraju zaxasnega ali stalnega prebivali\x uprav\xanca, ali nosilec zavarovanja za primere nesre\x pri delu,

v Sloveniji

obmo\xna enota Zavoda za zdravstveno zavarovanje Slovenije, pristojna po kraju zaxasnega ali stalnega prebivali\x uprav\xanca.

(3) Za povr\xilo stroškov, nastalih po prvem odstavku, ustrezeno velja 15. xlen.

17. xlen**Nesre\x na poti**

•e oseba, ki ima stalno prebivali\x na ozemlju ene drýave pogodbenice, odpotuje na podlagi veljavne pogodbe o zaposlitvi na delo v drugo drýavo pogodbenico in na neprekinjenem potovanju po najkrajši poti v kraj zaposlitve do\xivo nesre\x, nosilec zavarovanja te drýave pogodbenice krije ustrezne

735 der Beilagen

17

dajatve in storitve za to nesrečo po pravnih predpisih o zavarovanju za primere nesreč pri delu; to velja tudi za nesrečo, ki jo zaposleni doživijo pri vraxjanju v državo svojega stalnega prebivališča neposredno po izteku pogodbe o zaposlitvi, na podlagi katere je odpotoval v drugo državo pogodbenico.

18. xlen**Poklicne bolezni**

(1) •e je po pravnih predpisih ene države pogodbenice pogoj za zagotovitev dajatev in nudenje storitev v primeru poklicne bolezni, da je bila ta bolezen prvič zdravniško ugotovljena na ozemlju te države pogodbenice, velja ta pogoj kot izpolnjen, xe je bila bolezen prvič ugotovljena na ozemlju druge države pogodbenice.

(2) •e pravni predpisi ene države pogodbenice predvidevajo, da se dajatve in storitve v primeru poklicne bolezni zagotovijo oziroma nudijo le, xe je oseba s to poklicno boleznično opravljala poklicno dejavnost, ki lahko povzroči to bolezen, minimalni xas, ki je doloxen kot pogoj za pridobitev pravice do dajatve ali storitve, pristojni nosilec te države pogodbenice, xe je to potrebno, upošteva kot xas opravljanja takšne dejavnosti tudi xas, v katerem so veljali pravni predpisi druge države pogodbenice.

19. xlen**Dajatve in storitve pri poklicnih boleznih**

(1) •e je treba v primeru poklicne bolezni upoštevati pravne predpise obeh držav pogodbenic, se dajatve in storitve odobrijo le po pravnih predpisih tiste države pogodbenice, na katere ozemlju je oseba nazadnje opravljala dejavnost, ki lahko povzroči takšno poklicno bolezen, xe ta oseba izpolnjuje pogoje po teh pravnih predpisih.

(2) •e je oseba, ki je zbolela za poklicno boleznično, prejemala ali prejema dajatve oziroma je bila ali je deležna storitev v breme nosilca ene države pogodbenice in potem, ko je tudi po pravnih predpisih druge države pogodbenice opravljala dejavnost, ki lahko povzroči poklicno bolezen, zaradi poslabšanja svojega stanja zaprosila za dajatve in storitve pri nosilcu druge države pogodbenice, nosilec iz prve države pogodbenice nadalje zagotavlja dajatve in storitve po pravnih predpisih, ki veljajo zanj, in ne upošteva poslabšanja, pristojni nosilec druge države pogodbenice pa zagotovi dajatev v višini razlike med dajatvijo, ki jo je dolgan zagotoviti po poslabšanju, in dajatvijo, ki bi jo bil moral zagotoviti pred poslabšanjem stanja po zanj veljavnih pravnih predpisih, xe bi bolezen nastopila po teh pravnih predpisih.

3. poglavje**Starost, invalidnost in smrt (pokojnine)****20. xlen****Seštevanje zavarovalnih dob**

(1) •e je po pravnih predpisih ene države pogodbenice pridobitev, ohranitev ali ponovna pridobitev pravice do dajatve odvisna od dopolnitve zavarovalne dobe, mora pristojni nosilec te države pogodbenice, kolikor je to potrebno, upoštevati zavarovalno dobo, dopolnjeno po pravnih predpisih druge države pogodbenice, kot xe bi to bila zavarovalna doba, dopolnjena po pravnih predpisih, ki jih mora on uporabljati.

(2) •e je po pravnih predpisih ene države pogodbenice odobritev doloxenih dajatev odvisna od zavarovalne dobe, dopolnjene v poklicu, za katerega velja poseben sistem, ali v doloxenem poklicu ali doloxeni dejavnosti, se za odobritev takih dajatev zavarovalna doba, ki je bila dopolnjena po pravnih predpisih druge države pogodbenice, upošteva le, xe je bila dopolnjena v takem sistemu ali, xe tak sistem ne obstaja, v enakem poklicu ali v enaki dejavnosti.

21. xlen**Zavarovalne dobe, krajše od enega leta**

(1) •e zavarovalna doba, ki jo je treba upoštevati po pravnih predpisih ene države pogodbenice, ne znaša skupno dvanašt mesecov za izrazun dajatve, se po teh pravnih predpisih dajatev ne zagotovi. To ne velja, xe po teh pravnih predpisih obstaja pravica do dajatve samo na podlagi te zavarovalne dobe.

(2) V prvem stavku prvega odstavka navedene zavarovalne dobe mora nosilec druge države pogodbenice za pridobitev, ohranitev ali ponovno pridobitev pravice do dajatve kot tudi za njeno višino upoštevati tako, kot xe bi to bila zavarovalna doba, dopolnjena po pravnih predpisih, ki jih mora on uporabljati.

1. del**Dajatve po avstrijskih pravnih predpisih****22. xlen****Ugotavljanje pravic do dajatev**

•e oseba, ki je dopolnila zavarovalno dobo po pravnih predpisih obeh drýav pogodbenic, ali njeni druýinski xlani vloýijo zahtevo za dajatve, mora pristojni avstrijski nosilec po avstrijskih pravnih predpisih ugotoviti, ali ima ta oseba s seštevanjem zavarovalnih dob po 20. xlenu in ob upoštevanju naslednjih doloxb pravico do dajatve:

1. •e po avstrijskih pravnih predpisih xasi plaxevanja pokojnine podaljšajo obdobje, v katerem mora biti dopolnjena zavarovalna doba, se to obdobje podaljša tudi za ustrezne xase plaxevanja pokojnine po slovenskih pravnih predpisih.
2. V dnevih izraýena slovenska zavarovalna doba se preraxuna v mesec, pri xemer 30 dni ustreza enemu mesecu; preostali dnevi veljajo kot en cel mesec.

23. xlen**Izraxun dajatev**

(1) •e obstaja po avstrijskih pravnih predpisih pravica do dajatve tudi brez uporabe 20. xlena, potem mora pristojni avstrijski nosilec odmeriti dajatev izkljuxno na podlagi zavarovalnih dob, ki jih je treba upoštevati po avstrijskih pravnih predpisih.

(2) •e obstaja po avstrijskih pravnih predpisih pravica do dajatve samo z uporabo 20. xlena, potem mora pristojni avstrijski nosilec odmeriti dajatev izkljuxno na podlagi zavarovalnih dob, ki jih je treba upoštevati po avstrijskih pravnih predpisih, kot tudi z upoštevanjem naslednjih doloxb:

1. Dajatve ali deli dajatev, katerih znesek ni odvisen od trajanja dopolnjene zavarovalne dobe, gredo v razmerju zavarovalne dobe, ki jo je po avstrijskih pravnih predpisih treba upoštevati za izraxun dajatve, do 30 let, vendar najveý do viýine polnega zneska.
2. •e je treba pri izraxunu dajatev pri invalidnosti ali za druýinske xlane upoštevati xase po nastopu zavarovanega primera, se ti xasi upoštevajo samo v razmerju zavarovalne dobe, ki jo je po avstrijskih pravnih predpisih treba upoštevati za izraxun dajatve, do dveh tretjin polnih koledarskih mesecev od takrat, ko je dotixna oseba dopolnila 16. leto starosti, do nastopa zavarovanega primera, vendar najveý do polne viýine.
3. Toxka 1 ne velja
 - a) glede dajatev iz viýega zavarovanja,
 - b) glede dajatev, ki so odvisne od dohodka, ali delov dajatev za zagotavljanje minimalnega dohodka.

2. del**Dajatve po slovenskih pravnih predpisih****24. xlen****Ugotavljanje in izraxun dajatev**

(1) •e so po slovenskih pravnih predpisih izpolnjeni pogoji za pridobitev pravice do dajatve brez seštevanja zavarovalnih dob, dopolnjenih v obeh drýavah pogodbenicah, slovenski nosilec zagotovi dajatev izkljuxno na podlagi zavarovalnih dob, dopolnjenih po slovenskih pravnih predpisih.

(2) •e obstaja pravica do dajatev le ob upoštevanju 20. xlena, se ta izraxuna tako:

1. Slovenski nosilec izraxuna najprej teoretiýni znesek dajatve, ki bi ga moral izplaxevati, xe bi za izraxun pokojnine moral upoštevati vse zavarovalne dobe, ki se štejejo po pravnih predpisih obeh drýav pogodbenic.
2. Na podlagi tega zneska mora slovenski nosilec doloxiti znesek, ki ga je dolýan izplaxevati, v sorazmerju med dolýino zavarovalne dobe, ki jo mora upoštevati po slovenskih pravnih predpisih, in skupno zavarovalno dobo.

(3) Pri izvajanju doloxb prvega odstavka 20. xlena in drugega odstavka tega xlena se zavarovalne dobe, ki se prekrivajo, upoštevajo samo enojno.

(4) Pri izvajanju drugega odstavka tega xlena se pri doloxitvi osnove za pokojnino upošteva samo slovenska zavarovalna doba.

(5) •e pri izvajanju toxke 2 drugega odstavka tega xlena skupna zavarovalna doba, ki se upošteva po pravnih predpisih obeh drýav pogodbenic, presega najdaljšo moýno zavarovalno dobo, ki je po

735 der Beilagen

19

slovenskih pravnih predpisih doloxena za odmero dajatev, se delni znesek za izplaxevanje izraxuna v sorazmerju med zavarovalno dobo, ki se upošteva po slovenskih pravnih predpisih, in omenjeno najdaljšo moýno zavarovalno dobo.

4. poglavje**Brezposelnost****25. xlen****Seštevanje zavarovalnih dob**

(1) Zavarovalna doba, dopolnjena po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice, se upošteva pri pravici do nadomestila za primer brezposelnosti po pravnih predpisih druge drýave pogodbenice, xe je bil brezposeln v drýavi pogodbenici, v kateri uveljavlja pravico do takšnega nadomestila, v zadnjih dvanajstih mesecih pred vloýitvijo zahtevka za takšno nadomestilo skupaj najmanj 26 tednov zavarovan kot delojemalec, ne da bi bili pri tem kršeni predpisi o zaposlovanju tujcev kot delojmalcev.

(2) Pogoj minimalne zavarovalne dobe 26 tednov, kot je doloxen v prvem odstavku, ne velja za brezposerne, ki so se nameravali zaposliti za daljši xas, vendar je bila njihova zaposlitev brez njihove krivde konxana prej kot v 26 tednih.

(3) •e vloýi zahtevk za nadomestilo za primer brezposelnosti v Avstriji avstrijski drýavljan, izpolnitev pogoja minimalne zavarovalne dobe iz prvega odstavka ni potrebna.

26. xlen**•as prejemanja**

•as prejemanja dajatve se skrajša za xas, ko je brezposeln v drugi drýavi pogodbenici v zadnjih dvanajstih mesecih pred vloýitvijo zahtevka ýe prejemal dajatev za primer brezposelnosti.

IV. DEL**RAZNE DOLO•BE****27. xlen****Naloge pristojnih organov, uradna in pravna pomox**

(1) Pristojni organi bodo z dogovorom doloxili upravne ukrepe, ki so potrebni za izvajanje tega sporazuma.

(2) Pristojni organi obeh drýav pogodbenic se bodo med seboj obvešxali

- a) o vseh ukrepih, ki jih bodo sprejeli za uporabo tega sporazuma;
- b) o vseh spremembah svojih pravnih predpisov, ki zadevajo uporabo tega sporazuma.

(3) Pri uporabi tega sporazuma morajo organi in nosilci drýav pogodbenic drug drugemu pomagati in postopati kot pri uporabi svojih pravnih predpisov. Ta uradna pomox je brezplaxna.

(4) Nosilci in organi drýav pogodbenic lahko zaradi uporabe tega sporazuma vzpostavijo neposredni stik med seboj in z udeleýenimi osebami ali njihovimi pooblašxenci.

(5) Nosilci in organi v eni drýavi pogodbenici ne smejo zavrniti pri njih vloýenih zahtevkov ali drugih dopisov, ker so le-ti sestavljeni v uradnem jeziku druge drýave pogodbenice.

(6) Zdravniške preglede, ki se opravijo pri izvajanjtu pravnih predpisov ene drýave pogodbenice in zadevajo osebe, ki zaxasno ali stalno prebivajo na ozemlju druge drýave pogodbenice, bo na prošnjo pristojnega nosilca in v njegovo breme opravil nosilec v kraju zaxasnega ali stalnega prebivališxa. •e se zdravniški pregledi opravijo v interesu nosilcev obeh drýav, se stroški ne povrnejo.

(7) Glede sodne pravne pomoxi veljajo doloxbe, ki se uporabljajo pri pravnih pomoxi v civilnopravnih zadevah.

28. xlen**Organi za zvezo**

Za laýje izvajanje tega sporazuma in zlasti za vzpostavljanje enostavne in hitre zveze med nosilci, ki pridejo v poštov na obeh straneh, ustanovijo pristojni organi organe za zvezo.

29. xlen**Oprostitev davkov in overitev**

(1) Vsaka v pravnih predpisih ene drýave pogodbenice predvidena oprostitev ali zniýanje davkov, kolkov, sodnih ali vpisnih takš za spise ali listine, ki jih je treba predloýiti pri uporabi teh pravnih predpisov, se razširi na ustrezne spise in listine, ki jih je treba predloýiti pri uporabi tega sporazuma ali pravnih predpisov druge drýave pogodbenice.

(2) Overitev listin, dokumentov in dopisov vseh vrst, ki jih je treba predloýiti pri uporabi tega sporazuma, ni potrebna.

30. xlen**Vloge**

(1) Zahtevki, izjave ali pravna sredstva, ki se pri uporabi tega sporazuma ali pravnih predpisov ene drýave pogodbenice vloýijo pri organu, nosilcu ali drugi pristojni sluýbi ene drýave pogodbenice, se obravnavajo kot zahtevki, izjave ali pravna sredstva, vloýeni pri organu, nosilcu ali drugi pristojni sluýbi druge drýave pogodbenice.

(2) Zahtevek za dajatev, ki je vloýen po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice, velja tudi kot zahtevek za ustrezno dajatev po pravnih predpisih druge drýave pogodbenice, ki pride v poštev ob upoštevanju tega sporazuma; to ne velja, xe prosilec izrecno zahteva, da se ugotavljanje pravice do dajatve zaradi starosti, pridobljene po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice, odloýi.

(3) Zahtevki, izjave ali pravna sredstva, ki morajo biti pri uporabi pravnih predpisov ene drýave pogodbenice v doloxenem roku vloýeni pri organu, nosilcu ali drugi pristojni sluýbi te drýave pogodbenice, lahko prosilec vloýi v enakem roku pri ustrezni sluýbi druge drýave pogodbenice.

(4) V primerih iz prvega do tretjega odstavka sluýba, pri kateri so bili ti zahtevki, izjave ali pravna sredstva vloýeni, le-te nemudoma dostavi ustrezni pristojni sluýbi v drugi drýavi pogodbenici bodisi neposredno ali s posredovanjem organov za zvezo drýav pogodbenic.

31. xlen**Plaxilni promet**

(1) Sluýbe, ki so po tem sporazumu pristojne za izplaxevanje dajatve, lahko ta izplaxila izvršujejo z oprostilnim uxinkom v valuti, ki je za njihovo drýavo merodajna.

(2) Izplaxila, ki so predvidena v tem sporazumu, morajo biti izvršena v valuti drýave pogodbenice, v kateri ima sedeý nosilec, ki je odobril dajatev ali opravil storitev.

(3) Nakazila na podlagi tega sporazuma se izvajajo v skladu z dogovori, ki veljajo na tem področju v obeh drýavah pogodbenicah v xasu nakazila.

32. xlen**Izvršilni postopek**

(1) Izvršljive sodne odločbe ter izvršljive odločbe in izkazi nosilcev ali organov ene drýave pogodbenice glede zaostankov pri plaxevanju prispevkov (listine) in glede drugih terjatev s področja socialne varnosti se priznajo v drugi drýavi pogodbenici.

(2) Priznanje se sme zavrniti le, xe je v nasprotju z javnim redom tiste drýave pogodbenice, v kateri bi odločba ali listina moralna biti priznana.

(3) Priznane izvršljive odločbe in listine iz prvega odstavka se izvršijo v drugi drýavi pogodbenici. Izvršilni postopek se ravna po pravnih predpisih, ki v drýavi pogodbenici, na katere ozemlju bo izvršen, veljajo glede izvršbe ustreznih odločb in listin, izdanih na območju te drýave pogodbenice. Na izvodu odločbe ali listine mora biti potrdilo o njeni izvršljivosti (klavzula o izvršljivosti).

33. xlen**Obrazunavanje akontacij**

(1) xe je nosilec ene drýave pogodbenice izplaxal akontacijo, se lahko zadrýi izplaxilo zaostalega zneska ustrezne dajatve za isto obdobje, do katerega obstaja pravica po pravnih predpisih druge drýave pogodbenice. xe je nosilec ene drýave pogodbenice izplaxal višjo dajatev, kot pripada upravixencu, za obdobje, za katero mora nosilec druge drýave pogodbenice naknadno izplaxati ustrezno dajatev, se razlika med pripadajočo dajatvijo in višino izplaxanega zneska obravnava kot akontacija v smislu prvega stavka tega odstavka.

735 der Beilagen

21

(2) •e je nosilec socialne pomoxi ene drýave pogodbenice priznal socialno pomox za obdobje, za katero po pravnih predpisih druge drýave pogodbenice naknadno nastane pravica do dajatve, pristojni nosilec te drýave pogodbenice na prošnjo in za raxun nosilca socialne pomoxi zadrýi zaostale zneske, ki so plaxljivi za isto obdobje, in sicer do višine izplaxanih dajatev socialne pomoxi, kot da bi šlo za izplaxano dajatev socialne pomoxi nosilca socialne pomoxi slednje drýave pogodbenice.

34. xlen**Odškodnina**

(1) •e ima oseba, ki je po pravnih predpisih ene drýave pogodbenice upravixena do odškodnine za škodo, nastalo na obmo\xju druge drýave pogodbenice, po predpisih te drýave pravico do odškodnine proti tretjemu, preide pravica do odškodnine na nosilca prve drýave pogodbenice po pravnih predpisih, ki veljajo zanj.

(2) •e pravice do odškodnine za istovrstne dajatve iz istega odškodninskega primera pripadajo tako nosilcu ene kot druge drýave pogodbenice, lahko tretji s plaxilom z oprostilnim uxinkom enemu ali drugemu nosilcu zadovolji pravice, ki so po prvem odstavku preše na oba nosilca. V medsebojnem razmerju sta nosilca dolýna opraviti poravnava v sorazmernih deleýih do dajatev, ki jih morata izplaxati.

35. xlen**Reševanje sporov**

(1) Spore med drýavama pogodbenicama o razlagi ali uporabi tega sporazuma naj, xe je to mogoxe, rešujejo pristojni organi drýav pogodbenic.

(2) •e spora ni mogoxe rešiti na ta naxin, se na zahtevo ene drýave pogodbenice zadeva pred arbitra\xnemu sodi\xu, ki mora biti sestavljen na naslednji naxin:

- a) Vsaka drýava pogodbenica v roku enega meseca po prejemu zahteve za odlo\xitev arbitra\xnega sodi\xxa imenuje enega arbitra\xnega sodnika. Oba na tak naxin imenovana sodnika v roku dveh mesecev zatem, ko je drýava pogodbenica, ki je kot zadnja imenovala svojega arbitra\xnega sodnika in to notificirala, za tretjega arbitra\xnega sodnika izbereta drýavljanja tretje drýave.
- b) •e ena drýava pogodbenica v doloxenem roku ni imenovala arbitra\xnega sodnika, lahko druga drýava pogodbenica zaprosi predsednika Evropskega sodi\xxa za xlovekove pravice, da ga imenuje on. Enako se na zahtevo ene drýave pogodbenice postopa, xe se oba arbitra\xna sodnika ne moreta sporazumeti o izbiri tretjega arbitra\xnega sodnika.
- c) •e je predsednik Evropskega sodi\xxa za xlovekove pravice drýavljan ene od obeh drýav pogodbenic, prevzame funkcije iz tega xlena podpredsednik sodi\xxa ali po polo\xaju najvi\xji sodnik sodi\xxa, za katerega ta okoli\xina ne velja.

(3) Arbitra\xno sodi\xxe odlo\xxa z vexino glasov. Njegove odlo\xxitve so obvezujo\xe za obe drýavi pogodbenici. Vsaka drýava pogodbenica krije stroške arbitra\xnega sodnika, ki ga je imenovala. Preostale stroške krijeta drýavi pogodbenici v enakih delih. Arbitra\xno sodi\xxe samo ureja svoj postopek.

V. DEL**PREHODNE IN KON\x96NE DOLO\x96BE****36. xlen****Prehodne doloxbe**

(1) Ta sporazum ne daje pravice do plaxila dajatev za xas pred 1. januarjem 1997.

(2) Za ugotavljanje pravic do storitev oziroma dajatev po tem sporazumu se upo\xteva tudi zavarovalna doba, ki je bila dopolnjena po pravnih predpisih ene od drýav pogodbenic pred 1. januarjem 1997.

(3) S pridrýkom prvega odstavka velja ta sporazum tudi za primere zavarovanja, ki so nastopili pred 1. januarjem 1997, kolikor upravixenci niso \xe8e prejeli kapitalskih izplaxil za predhodno ugotovljene pravice.

(4) Dajatve, ki so bile ugotovljene pred 1. januarjem 1997, se ne ugotavlja znova.

22

735 der Beilagen

37. xlen

(2) Nosiči v Sloveniji prevzamejo vse prixakovane pravice in pravice slovenskih drýavljanov, ki so imeli 1. januarja 1956 kot jugoslovanski drýavljeni stalno prebivališke na ozemlju nekdanje Jugoslavije, kolikor so te prixakovane pravice in pravice nastale na podlagi zavarovalne dobe, dopolnjene v avstrijskem socialnem zavarovanju (pokojninskem ali zavarovanju za primere nesreč pri delu) pred 1. januarjem 1956.

(3) •e se prevzamejo pravice do dajatev, velja, da so izpolnjeni splošni pogoji za ustrezné dajatve. Pri tem se pri odmeri dajatev upoštevajo zavarovalne dobe, ki so osnova za prevzete pravice do dajatev. •e te zavarovalne dobe ne doseyejo xakalne dobe, ki je potrebna za ustrezeno pokojnino, postane osnova za odmerno dajatve doba v dolžini te xakalne dobe.

(4) Glede upoštevanja prixakovanih pravic in pravic do dajatev iz avstrijskega pokojninskega zavarovanja ali zavarovanja za primere nesreč pri delu se uporabijo pravni predpisi avstrijskega Zveznega zakona z dne 22. novembra 1961 o zahtevah za dajatve in prixakovanih pravicah iz pokojninskega (rentnega) zavarovanja ter zavarovanja za primere nesreč pri delu na podlagi zaposlitve v tujini.

38. xlen**Zacetek veljavnosti**

(1) Ta sporazum mora biti ratificiran v Republiki Avstriji in biti izmenjani xim prej na Dunaju.

(2) Ta sporazum zaxne veljati prvega dne v mesecu po preteklu tistega meseca, v katerem sta bili izmenjani listini o ratifikaciji.

(3) Doloxbe tega sporazuma, ki se nanašajo na pridobitev in zagotavljanje dajatev in storitev iz socialne varnosti, se uporablajo od 1. januarja 1997. •e se je v xasu pred uveljavitvijo tega sporazuma glede zagotavljanja zdravstvenih storitev ravnalo drugax, se v tako ravnjanje ne posega.

39. xlen**Prenehanje veljavnosti**

(1) Ta sporazum se sklene za nedoloxen xas. Vsaka drýava pogodbenica ga lahko odpove v odpovednem roku treh mesecev s koncem koledarskega leta v pisni obliki po diplomatski poti.

(2) V primeru odpovedi tega sporazuma veljajo njegove doloxbe za pridobljene pravice še naprej.

V POTRDITEV TEGA sta pooblaščenca podpisala ta sporazum in ga opremila s pečatom.

V Ljubljanie dne 10. marec 1997 v dveh izvirnikih v nemškem in slovenskem jeziku, pri xemer sta obe besedili enako verodostojni.

Za Republiko Avstrijo:

Dr. Gerhard Wagner

Za Republiko Slovenijo:

Natasa Belopavlovic

(1) Nosiči v Avstriji prevzamejo vse prixakovane pravice in pravice oseb, ki so bile 1. januarja 1956 avstrijski drýavljeni ali imajo po avstrijskih pravnih predpisih o socialnem zavarovanju status »Volksdeutscherjev«, xe se te osebe 1. januarja 1956 v Avstriji niso zadrýevale le zaxasno in kolikor so te prixakovane pravice in pravice nastale na podlagi zavarovalne dobe, dopolnjene v nekdanjem jugoslovanskem socialnem zavarovanju (pokojninskem ali invalidskem zavarovanju) pred 1. januarjem 1956.

Vorblatt**Problem:**

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit mit der Republik Slowenien zum 31. Dezember 1996 ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Slowenien erfolgt, da das Abkommen eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht ermöglicht hat. Mit der Kündigung sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten, für deren Weiteranwendung der Abschluß eines entsprechend eingeschränkten Abkommens erforderlich ist.

Ziel und Inhalt:

Durch das vorliegende neue Abkommen wird der bisher umfassende Schutz im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung mit im wesentlichen gleichartigem materiellrechtlichen Inhalt aufrechterhalten, in formaler Hinsicht aber gleichzeitig an die anderen von Österreich in den letzten Jahren geschlossenen Abkommen über soziale Sicherheit angepaßt.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

EG-Konformität:

Hinsichtlich von Abkommen über soziale Sicherheit mit Drittstaaten stehen keine EG-Vorschriften in Kraft, sodaß auch die durch EG-Recht gebundenen Staaten einen diesbezüglichen Gestaltungsspielraum haben.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

1. Allgemeine Überlegungen

Das vorliegende österreichisch-slowenische Abkommen über soziale Sicherheit hat gesetzändernden und gesetzesergänzenden Charakter und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen.

2. Das Abkommen im allgemeinen

Die Kündigung des Abkommens über soziale Sicherheit vom 30. November 1992 (BGBI. Nr. 589/93, im folgenden als „bisheriges Abkommen“ bezeichnet) ist zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Slowenien erfolgt, da eine Teilkündigung nur für den Bereich der Familienbeihilfen nicht möglich war.

Mit der Kündigung zum 31. Dezember 1996 (BGBI. Nr. 348/1996) sind auch die Regelungen in den anderen Bereichen außer Kraft getreten. Durch den Abschluß des vorliegenden neuen Abkommens werden die Bestimmungen in diesen anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) entsprechend dem bisherigen Abkommen geregelt.

Wie bereits in den Zusatzabkommen mit Kanada und den USA (BGBI. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996) wird im Hinblick auf eine wesentliche Vereinfachung der Pensionsberechnung in allen zwischenstaatlichen Fällen anstelle der bisher vorgesehenen Berechnung entsprechend dem Zeitenverhältnis („pro-rata-temporis-Berechnung“) die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten vorgesehen („Direktberechnung“).

Darüber hinaus schließt das neue Abkommen im Bereich der Krankenversicherung in Anpassung an die entsprechenden Regelungen im Art. 22 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 eine gezielte Inanspruchnahme einer ärztlichen Betreuung im anderen Vertragsstaat ohne Genehmigung des zuständigen Trägers aus. Zusammenfassend sieht das vorliegende neue Abkommen vor:

- a) eine Rechtsgrundlage für die weiteren Beziehungen zwischen Österreich und Slowenien im Bereich der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie hinsichtlich des Arbeitslosengeldes,
- b) eine formale Neugestaltung des Abkommens insbesondere im Bereich der Krankenversicherung sowie durch die Einbeziehung der Bestimmungen des Schlußprotokolls in das Abkommen,
- c) die zwischenstaatliche Pensionsberechnung in allen Fällen durch Direktberechnung und
- d) seine rückwirkende Anwendung unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens.

3. Finanzielle Auswirkungen

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen ist zunächst darauf hinzuweisen, daß die Kündigung des bisherigen Abkommens zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Slowenien erfolgt ist, woraus sich eine jährliche Einsparung von rund 44 Millionen Schilling ergibt.

In den anderen Bereichen (Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung sowie Arbeitslosengeld) übernimmt das vorliegende Abkommen die Regelungen des bisherigen Abkommens im wesentlichen unverändert. Lediglich im Bereich der Pensionsberechnung ist wie bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten die Berechnung der österreichischen Pensionen in allen Fällen ausschließlich auf der Grundlage der österreichischen Versicherungszeiten („Direktberechnung“) vorgesehen. Diese Direktberechnung dient in erster Linie einer wesentlichen Verwaltungsvereinfachung, hat insbesondere aber auch der nicht unwesentlichen Erhöhung der österreichischen Teelpensionen im Rahmen der „pro-rata-temporis-Berechnung“ bei Vorliegen von Kindererziehungszeiten Rechnung getragen. Die sich aus der Direktberechnung in diesen Fällen ergebenden Einsparungen wurden bereits ab 1. September 1996 durch die neue Gesamtbemessungsgrundlage (§ 240 ASVG in der Fassung des Strukturanpassungsgesetzes 1996, BGBI. Nr. 201/1996) vorweggenommen. Gleichzeitig wurde durch das Strukturanpassungsgesetz 1996 die sich aus der Direktberechnung auf Grund der unterschiedlichen Steigerungsbeträge ergebende geringfügige Erhöhung bei Vorliegen von mehr als

30 Versicherungsjahren von bisher maximal 4,05% auf maximal 1,55% der nunmehr in der Regel niedrigeren Gesamtbemessungsgrundlage (ohne Verminderung oder Erhöhung auf Grund vorzeitiger oder späterer Inanspruchnahme der Leistung) reduziert.

Insgesamt wird sich aus der Durchführung des neuen Abkommens daher gegenüber der Rechtslage vor der Kündigung des bisherigen Abkommens keine Vermehrung des Personalaufwandes, aber auch kein finanzieller Mehraufwand (Beitrag des Bundes zu den einzelnen Zweigen der Pensionsversicherung) ergeben.

II. Besonderer Teil

Die einzelnen Bestimmungen des vorliegenden neuen Abkommens entsprechen im wesentlichen dem bisherigen Abkommen, wobei die einzelnen Regelungen des bisherigen Schlußprotokolls zu den entsprechenden Bestimmungen des Abkommens aufgenommen wurden. Im folgenden werden die Bestimmungen des neuen Abkommens mit den entsprechenden Bestimmungen des bisherigen Abkommens gegenübergestellt, gleichzeitig wird auf die wesentlichsten Unterschiede hingewiesen:

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 = Art. 1 (Begriffsbestimmungen).

Art. 2 = Art. 2 (sachlicher Geltungsbereich):

Unter Berücksichtigung der Kündigung des bisherigen Abkommens enthält das neue Abkommen keine Regelungen mehr betreffend den Bereich der Familienbeihilfen.

Art. 3 = Art. 3 (persönlicher Geltungsbereich).

Art. 4 = Art. 4 und Punkt I des Schlußprotokolls (Gleichbehandlung der Staatsangehörigen).

Art. 5 = Art. 5 und Punkt II des Schlußprotokolls (Gebietsgleichstellung).

Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

Art. 6 = Art. 6 (Territorialitätsprinzip):

Die neue Bestimmung des Abs. 2 betreffend die generelle Zuordnung der Beamten zum Herkunftsstaat entspricht der diesbezüglichen EG-Regelung [Art. 13 Abs. 2 lit. d der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71].

Art. 7 = Art. 8 (Ausnahmen).

Art. 8 = Art. 8a (diplomatisches Personal):

Die Bestimmung wird in formaler Hinsicht an die EG-Regelungen [Art. 16 Abs. 1 und 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] angepaßt.

Art. 9 = Art. 9 (Ausnahmevereinbarungen).

Krankheit und Mutterschaft

Art. 10 = Art. 10 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 11 = Art. 11 Abs. 1, 2 und 4 sowie Punkt IV des Schlußprotokolls (aushilfsweise Sachleistungsgewährung):

In formaler Hinsicht wurden die Bestimmungen betreffend die aushilfsweise Sachleistungsgewährung während eines vorübergehenden Aufenthaltes oder bei Wohnort im anderen Vertragsstaat an die EG-Regelungen [Art. 22 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71] angepaßt.

Art. 12 = Art. 11 Abs. 3 und 5 (Geldleistungen).

Art. 13 = Art. 12 (Krankenversicherung der Pensionisten):

Die formale Neufassung dient einer sprachlichen Verbesserung.

Art. 14 = Art. 13 (aushelfender Träger).

Art. 15 = Art. 14 und Punkt IV des Schlußprotokolls (Kostenerstattung).

Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Art. 16 = Art. 15 (aushilfsweise Sachleistungsgewährung).

Art. 17 = Art. 16 (Wegunfall).

Art. 18 = Art. 17 (Berufskrankheiten).

26

735 der Beilagen

Art. 19 = Art. 18 (Entschädigung von Berufskrankheiten).

Art. 20 = Art. 19 (Zusammenrechnung der Versicherungszeiten).

Art. 21 = Art. 20 Abs. 2 und 3 (Mindestversicherungszeit).

Art. 22 = Art. 20 Abs. 1 lit. a und Art. 21 Z 3 und 4 (Feststellung der österreichischen Leistungsansprüche).

Art. 23 = Art. 20 Abs. 1 lit. b bis e und Art. 21 (Berechnung der österreichischen Leistungen):

Abs. 1 sieht wie bereits bisher Art. 20 Abs. 1 lit. e die Berechnung der österreichischen Leistungen ausschließlich auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten vor, wenn die Anspruchsvoraussetzungen allein auf Grund der österreichischen Versicherungszeiten erfüllt sind.

Abs. 2 sieht diese Berechnung („Direktberechnung“) anstelle der bisherigen Berechnung im Zeitenverhältnis („pro-rata-temporis-Berechnung“) im Hinblick auf eine wesentliche Vereinfachung der Pensionsberechnung auch in den anderen zwischenstaatlichen Fällen vor, in denen der Leistungsanspruch nur unter Berücksichtigung der slowenischen Versicherungszeiten besteht. Diese einer wesentlichen Vereinfachung der Pensionsberechnung dienende Direktberechnung entspricht wörtlich den bereits im Verhältnis zu anderen Vertragsstaaten getroffenen Regelungen (zB Art. 11 der Abkommen mit Kanada und den USA in der Fassung der Zusatzabkommen vom 12. September 1995 bzw. 5. Oktober 1995, BGBl. Nr. 570/1996 bzw. 779/1996).

Art. 24 = Art. 20 Abs. 1 und Art. 22 (Feststellung der slowenischen Leistungen).

Arbeitslosigkeit

Art. 25 = Art. 23 und Punkt VI des Schlußprotokolls (Zusammenrechnung der Beschäftigungszeiten).

Art. 26 = Art. 24 (Bezugsdauer).

Verschiedene Bestimmungen

Die Art. 27 bis 35 entsprechen ohne Änderungen den bisherigen Art. 31 bis 39.

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 36 = Art. 40 (Übergangsbestimmungen).

Art. 37 = Art. 41 und Punkt VIII des Schlußprotokolls (Versicherungslastregelungen).

Art. 38 = Art. 42 Abs. 1 und 2 (Inkrafttreten):

Die Kündigung des bisherigen Abkommens ist ausschließlich zur Sicherstellung des Entfalls der Zahlung von österreichischen Familienbeihilfen für Kinder in Slowenien erfolgt. Zur Wahrung der Rechte der Berechtigten in den anderen Bereichen ist daher eine rückwirkende Anwendung des Abkommens unmittelbar im Anschluß an das Außerkrafttreten des bisherigen Abkommens vorgesehen.

Art. 39 = Art. 42 Abs. 3 und 4 (Außerkrafttreten).

Alter, Invalidität und Tod (Pensionen)